Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Neukirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage / Jugendpost. Druck und Verlag von Friedrich Max, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postscheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmonatlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonnabend- und Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einspaltige Millimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 7 — **Mittwoch, den 9. Januar 1929.** — **84. Jahrgang**

Tagesschau.

Die Voruntersuchung gegen Hugo Stinnes und die Personen, die an den ihm zur Last gelegten betrügerischen Altbesitzanmeldungen beteiligt sind, ist abgeschlossen. Die Akten sind der Staatsanwaltschaft zur Stellung ihrer Anträge zugegangen.

Die Arbeit auf den Kieler Werften wurde Montag morgen nach der erfolgten Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs und gemäß den in den Versammlungen der Werftarbeiter gefaßten Beschlüssen wieder aufgenommen. Die Werftleitungen haben in Uebereinstimmung mit den Betriebsräten erst einen Teil der Belegschaften aufgerufen, um die Vorarbeiten zu beginnen.

*** Parker Gilbert setzte am Montag seine Besprechungen mit Staatssekretär Kellogg und Schatzsekretär Mellon zum Zweck der gegenseitigen Informierung über Deutschlands wirtschaftliche Lage und Stellungnahme der Vereinigten Staaten zur Reparationsfrage fort.**

Havas berichtet, daß die Reparationskommission am 10. Januar eine Sitzung abhalten werde. Da die Nennung der Sachverständigen noch nicht von allen an der Zusammensetzung des Reparationsausschusses interessierten Regierungen erfolgt ist, kann vermutlich im Laufe dieser Sitzung keine Entscheidung getroffen werden.

*** Der amerikanische Eindecker Question Mark hat am Montag nach 150 Stunden seinen Dauerflug infolge Motorstörung abgebrochen.**

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Bankrotter Parlamentarismus.

Die Diktatur, die durch den Staatsstreich des Königs in Südslawien errichtet worden ist, hat einen ganz eigenartigen Charakter. Das wird sich um so deutlicher zeigen, je weiter die Entwicklung der Dinge in Südslawien voranschreitet. Denn bei dem Ablauf ist mutmaßlich mit den scharfen diktatorischen Maßnahmen, die man gewöhnlich mit dem Begriff verbindet, wohl kaum zu rechnen. Der König hat die geltende Verfassung außer Kraft gesetzt und in seiner Person die gesetzgebende und vollziehende Gewalt vereinigt. Er hat zunächst die Presse- und Versammlungsfreiheit aufgehoben und jede Kritik an dem neuen Regierungssystem verboten. Das sind selbstverständliche Sicherungsmaßnahmen.

Das neue Kabinett trägt die Merkmale einer Militärherrschaft. Der Ministerpräsident, der gleichzeitig Innenminister ist, ist ein Vertrauter des Königs, der Kommandeur der Gardedivision in Belgrad, Zivkowitsch. Kriegs- und Marineminister ist General Hadjitsch, der diesen Posten bisher schon versah und der immer wieder als Anwärter für eine diktatorische Regierung genannt wurde. Im übrigen sind verschiedene bekannte politische Persönlichkeiten in der Regierung vertreten, so der bisherige Außenminister Marinkowitsch, der auf einen Ausgleich mit Italien hinarbeitet, ferner der bisherige Ministerpräsident Korosetsch, der Führer der slovenischen katholischen Volkspartei, sowie einige Abgeordnete der Radikalen und der demokratischen Partei und auch einige Kroaten.

Neben der Auflösung des Parlamentes sind die Gemeindevertretungen und auch die Provinzialbehörden aufgelöst worden. Vermutlich will die neue Regierung sich Raum schaffen für eine durchgreifende Verwaltungsreform, die unter dem korrupten parlamentarischen System unmöglich gewesen wäre. Denn in Südslawien gilt allein das Militär als unbestechlich und sauber. Ihm allein traut man es zu, Ordnung in die geradezu unglaublichen Zustände zu bringen, die sich in der Verwaltung durch die Verquickung mit dem Parlamentarismus entwickelt haben. Insofern ist eine der dringendsten Forderungen der bäuerlich-kroatischen Opposition erfüllt worden, die zunächst die Beseitigung des Parlaments und der korrupten Verwaltung verlangte denn unter beiden haben die neuen Landesteile sehr zu leiden gehabt.

Man hält es für wahrscheinlich, daß die neue diktatorische Regierung in weitem Umfange die autonomistischen Forderungen der Opposition erfüllen wird. Bekanntlich wehren sich besonders die von Oesterreich an Südslawien gekommenen Landesteile, also Bosnien, Kroatien, Dalmatien und Slovenien gegen den Belgrader Zentralismus. Schon zu Stefan Raditsch's Zeiten verlangten sie die Umwandlung Südslawiens in einen Bundesstaat, in dem die gemeinsamen Angelegenheiten nur in der Außenpolitik, im Heerwesen und in einem Teil der Finanzen bestehen sollten, ähnlich wie im alten Oesterreich-Ungarn. Diese Forderungen standen schon einmal, im Jahre 1924, dicht vor der Erfüllung. Stefan Raditsch's nicht immer glückliche Taktik hat damals die Erfolge nicht reifen lassen. Nach seinem Tode haben kühlere Politiker die Führung der kroatischen Bauernpartei, der Kerntruppe der Opposition, an sich genommen. Wahrscheinlich hat die südslawische Krone die letzte Gelegenheit ergriffen, um mit Hilfe des einwandfreien Militärs eine Staatsumwandlung vorzunehmen, gegen die sich die eigensüchtigen parlamentarischen Cliquen in Belgrad bis zur Verzweiflung gewehrt haben.

Der Eindruck dieser Entwicklung in ganz Europa ist ungeheuer. Die berufsmäßigen Verfechter des parlamentarischen Systems fühlen auch anderswo ihre Thrönchen wackeln. Nicht nur in Südslawien haben sich die parlamentarischen Bürokratien als unfähig erwiesen, lebenswichtige Aufgaben der Nation zu lösen. Der Parlamentarismus mag gut sein, schlecht und recht eine Verwaltung zu kontrollieren. Daß er auf dem Kontinent staatsschöpferische Fähigkeiten entwickelt hätte, davon sind bisher noch keine Beispiele bekanntgeworden. Denn man kann aus dem Laufe der Geschichten die Wirksamkeit der großen Persönlichkeiten nicht herausradieren. Daß König Alexander von Südslawien ein Regent von Format ist, darüber waren sich schon früher die Kenner der Verhältnisse einig, das beweist er aber auch jetzt dadurch, daß er mutig die Verantwortung für die Neuordnung des Staates ganz allein auf seine Schultern nimmt, obwohl er damit die Zukunft seiner Dynastie aufs Spiel setzt. Im parlamentarischen System aber pflegen verantwortungsfreudige Persönlichkeiten nur allzu häufig durch Intriguen und Eifersüchteleien und durch die Parteiwirtschaft lahmgelegt zu werden. Deshalb tritt bei großen staatspolitischen Entscheidungen an die Nationen immer wieder die Frage heran, ob sie sich eine sachlich nicht gerechtfertigte Verschleppung lebenswichtiger Entschlüsse, wie sie das parlamentarische System nun einmal mit sich zu bringen pflegt, im Interesse der nationalpolitischen Zukunft gefallen lassen dürfen. Diese Frage hat der König von Südslawien anscheinend unter Zustimmung seines ganzen Volkes soeben gegen das Parlament entschieden.

Die Aufnahme der neuen Regierungsform in Jugoslavien.

Belgrad, 7. Jan. Nach einer Meldung der Agentur Avala laufen im königlichen Palais und beim Ministerpräsidenten dauernd Glückwunschtelegramme ein, in denen dem König, der den notwendigen Schritt zu tun verstanden habe, die Anerkennung und die Freude der Nation zum Ausdruck gebracht werden. Meldungen aus Laibach, Marburg, Serajewo, Spalato, Sebenico und anderen Städten berichten, daß der Regimewechsel von der Bevölkerung mit ehrlicher Begeisterung aufgenommen wird und daß man in allen Kreisen in der Bildung der neuen Regierung den Beginn eines neuen Zeitalters erblickt.

Der Skandal der „Gazette du Franc".

Die Pariser Zeitung „Liberté" macht sensationelle Enthüllungen über die Affäre der „Gazette du Franc". Sie teilt mit, daß Frau Hanau über die von ihr Bestochenen gewissenhaft Buch geführt habe und daß sich in ihren Büchern 61 Konten, darunter die von zwei ehemaligen Ministerpräsidenten und von zahlreichen Parlamentariern befänden. Diese Leute hätten 200 000 bis 1 800 000 Franken pro Jahr erhalten. Unter ihnen befinde sich auch der ehemalige kommunistische Abgeordnete Couturier, der gegenwärtig jeden Tag in der „Humanité" gegen die Skandalaffäre der „Gazette du Franc" zu Felde ziehe.

Der Fehlbetrag im Reichshaushalt.

Berlin, 7. Januar. (Eigene Meldung.) Wenn der Gesundheitszustand des Reichskanzlers Müller, den während seines Urlaubs im Schwarzwald eine recht heftige Grippe überrascht hat, seine Heimkehr bis dahin zuläßt, wird am 14. Januar jene Reichskabinettssitzung stattfinden, die sich zum erstenmal mit dem im Finanzministerium fertiggestellten Haushaltsvoranschlag für 1929 beschäftigt. Obwohl die deutsche Oeffentlichkeit diesmal an den Fragen des Etats sicher noch dringender interessiert ist als in früheren Jahren, weil ja allgemein bekannt ist, daß zur Deckung des 600 Millionen-Defizits Steuererhöhungen und neue Steuern geplant sind, wird man sobald Authentisches über die Vorschläge des Reichsfinanzministers noch nicht erfahren. Bisher weiß man nur, daß Biersteuer und Vermögenssteuer und vielleicht die Erbschaftssteuer eine Rolle spielen. Besonders bei der Deutschen Volkspartei hört man die Umsatzsteuer nicht erhöht werden soll. Die Frage der Umsatzsteuer wird aber wahrscheinlich bereits in den Kabinettsberatungen und erst recht später in den parlamentarischen Debatten noch eine Rolle spielen. Besonders bei der Deutschen Volkspartei hört man die Auffassung, daß eine Erhöhung der Umsatzsteuer für die Wirtschaft weniger fühlbar sein werde, als manche andere neue Steuer oder Steuererhöhung, so daß an dieser Stelle mit verhältnismäßig wenig Gefahr ein Teil des Defizits abgedeckt werden könnte.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Die Reichsfinanzen werden durch die scharfe Steigerung der Arbeitslosenzahl eine weitere Belastung erfahren. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit ist unverhältnismäßig schärfer als in den Vorjahren, ein deutliches Zeichen, daß — im Widerspruch zu den optimistischen Auffassungen Parker Gilberts — der Abstieg der Konjunktur auf den Arbeitsmarkt immer deutlicher wirkt. Die endgültige Zahl der Arbeitslosen am Neujahrstage ist noch nicht bekannt, aber man darf sie auf nicht weniger als 1,6 Millionen schätzen, wozu noch jene kommen, die nur Kurzarbeit leisten oder bereits der Krisenfürsorge anheimgefallen sind. Einer so starken Belastung sind die Mittel der jungen Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung nicht gewachsen. Das Reich wird daher an die Reichsanstalt einen Vorschuß geben müssen, den man allein bis zu Ende des Winters mit 70 Millionen Mark kaum zu hoch veranschlagt.

Die Landtagswahlen in Lippe.

Detmold, 8. Januar. Am Sonntag fanden in Lippe die Neuwahlen zum Landtag statt. Nach vorläufiger Berechnung erhalten Sozialdemokraten 9 (9), Deutschnationale 3 (5), Deutsche Volkspartei 3 (3), Demokraten 1 (1), Kommunisten 1 (1), Zentrum 1 (—), Volksrechtspartei 1 (1), Wirtschaftspartei 1 (—), Christliche nationale Bauernpartei 2 (—), Völkisch — (1). Die verlorenen zwei Mandate der Deutschnationalen werden von der Christlich-nationalen Bauernpartei übernommen. Die Wahlbeteiligung betrug ungefähr 75 v. H.

•

Das Ergebnis der Landtagswahlen in Lippe läßt sich nach den „Lpz. N. N." kurz dahin charakterisieren: Verstärkte Zersplitterung beim Bürgertum. Bisher waren in dem lippeschen Landtag fünf bürgerliche Parteien (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Demokraten, Volksrechtspartei, Völkische) vertreten. In den neuen Landtag ziehen Vertreter von sieben bürgerlichen Parteien ein: Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Demokraten, Zentrum, Volksrechtspartei, Wirtschaftspartei, Christlich-nationale Bauernpartei. Die Völkischen sind infolge Stimmenrückgangs bei der Mandatsverteilung ausgefallen, sonst wäre die „Musterkarte" noch reichhaltiger. Ueberall, in den Ländern, in den Gemeinden und im Reiche, bei allen Wahlen die gleiche Erscheinung. Auftrumpfen des Geistes der Eigenbrötelei, Zurückdrängung großer weltanschaulicher Gesichtspunkte.

Macht Polen neue Vertragsschwierigkeiten?

Berlin, 7. Januar. (Eigene Meldung.) In dieser Woche wollen sich die beiden Führer der Delegationen für den deutsch-polnischen Handelsvertrag wieder einmal in Warschau treffen, um die gegenwärtige Situation zu klären. Es wird für Dr. Hermes besonders darauf ankommen, eine Wiederholung jener Zusagen zu sagen zu erhalten, die Herr von Twardowski bei der letzten Zusammenkunft um die Dezembermitte herum gegeben hatte, und ihre schriftliche Festlegung zu erreichen. Eine solche schriftliche Festlegung war auch in den vergangenen Besprechungen vereinbart worden, aber jene Note, die Polen damals nach Berlin sandte, war keineswegs identisch mit dem Ergebnis der mündlichen Besprechungen und wies zahlreiche Lücken auf, deren Ausfüllung von polnischer Seite notwendig sein mußte, wenn vom deutschen Standpunkt aus die Wiederaufnahme der eigentlichen Delegationsverhandlungen überhaupt Sinn haben sollte. Nun wird also abzuwarten sein, ob Polen jetzt bereit ist, in verpflichtender Form die noch ausstehenden Zugeständnisse zu machen, und davon wird es abhängen, ob und wann die Kommission sich wieder an den Verhandlungstisch wird setzen können. Daß das nicht, wie ursprünglich verabredet, schon am 9. Januar möglich ist, daß vielmehr recht gut noch einige Zeit bis dahin verstreichen kann, das liegt auf der Hand.

Es wird sich in der neuen Aussprache zwischen Hermes und Twardowski aber auch zeigen müssen, wie weit jene seltsamen Vorschläge und Forderungen, die in den letzten Tagen in der Warschauer Presse aufgetaucht sind, Privatarbeiten der Redaktionen darstellen oder von amtlicher polnischer Seite inspiriert sind. Diese Wünsche und Forderungen sind überaus bemerkenswert. Polen soll danach für die Einfuhr deutscher Industrieerzeugnisse Kontingente festsetzen. Die deutsche Einfuhr soll nur an solche Fabriken geleitet werden, die sie bei sich investieren oder sie weiter verarbeiten können, was wohl bedeuten soll, daß die deutsche Einfuhr im wesentlichen aus Halbfabrikaten und nicht aus Fertigfabrikaten bestehen soll; und schließlich soll — das ist der seltsamste Vorschlag — der ganze deutsch-polnische Warenaustausch in einem Lieferanten- und einem Abnehmersyndikat konzentriert werden. Es besteht also in Polen, ohne daß man bisher recht sehen kann in welchem Grade, die Neigung, das etwas komplizierte System, das man für die Einfuhr polnischer Schweine nach Deutschland in Aussicht genommen hat, generell auf den ganzen Handelsverkehr zwischen den beiden Ländern anzuwenden. Das ist ein seltsamer Gedanke, der an die Stelle des sonst üblichen im handelsvertraglichen Rahmen freien Güteraustausches eine Bürokratie setzen will, ähnlich wie sie das nicht kapitalistische Sowjet-Rußland in seinen Handelsorganisationen aufgebaut hat. Man wird solche Vorschläge, die in weitem Umfange das gesunde Prinzip des freien Wettbewerbes ausschließen, schon deshalb grundsätzlich ablehnen müssen.

Polen — das heißt vorläufig die polnische Presse — begründet diese neuen Wünsche, die in den bisherigen Verhandlungen und